




# Protokoll

## 4. Sitzung des Stadtparlaments vom 3. Dezember 2020

---

<b>Ort</b>	Rathausaal Weinfelden	
<b>Vorsitz</b>	Parlamentspräsidentin Claudia Bieg (SP)	
<b>Protokoll</b>	Stadtschreiber Reto Marty	
<b>Zeit</b>	19:00 Uhr bis 21:30 Uhr	
<b>Appell</b>	Stadtparlament	Stadtrat
Anwesend	28	7
Entschuldigt	2	-

---

- Traktandenliste**
- 1 Genehmigung der Traktandenliste
  - 2 Budget 2021
    - 2.1 Eintreten
    - 2.2 Vorbemerkungen
    - 2.3 Budget der Erfolgsrechnung 2021
    - 2.4 Budget der Investitionsrechnung
    - 2.5 Beschlüsse
  - 3 Finanzplan der Stadt Weinfelden 2022 - 2025
    - 3.1 Information durch Stadtpräsident Max Vögeli
  - 4 Verschiedenes
- 

**Parlamentspräsidentin Claudia Bieg** (SP) begrüsst die Anwesenden: „Ich begrüsse unsere Parlamentskolleginnen und -kollegen, unsere Stadträtinnen und Stadträte und auch die interessierten Gäste auf der Tribüne. Bitte tragen sie alle die Maske, sobald Sie ihren Platz verlassen. Wir haben uns ja schon daran gewöhnt, es funktioniert gleich wie in der Beiz.

Ganz besonders begrüssen möchte ich Manuel Sturzenegger, der den Platz von Harald Jöhr eingenommen hat. Ich wünsche dir viel Freude an dieser interessanten Arbeit in unserem Stadtparlament. Petra Merz ist vor einer guten Woche Mutter geworden. Es hat einen Sohn gegeben: Luan Niklas. Manuel Strupler hat sich vermutlich schon an die Vaterrolle gewöhnt. Seine Anna ist schon drei Monate auf der Welt. Wir gratulieren euch beiden herzlich zu eurem Nachwuchs. Was einfacher ist, Vater- oder Muttersein, sieht man hier: als Vater kannst du der Sitzung folgen, als Mutter ist es ein wenig schwieriger. Immerhin haben es die zwei, respektive die Vier, geschafft den Nachwuchs paritätisch zu verteilen. Unsere Strassennamen hingegen sind noch immer nicht paritätisch verteilt, auch wenn jetzt neu zwei Strassen nach mutigen und tatkräftigen Unternehmerinnenfrauen benannt worden sind. Es steht 4:2 und wenn man Dunant, Pestalozzi, Dufour, Hermann und Franziskus noch dazu rechnet, siehts noch schlechter aus. Hier gibt's also Aufholbedarf. Staatspolitische Nachholbedarf gibt es auch nach der letzten Abstimmung vom Sonntag. Wie schon in den USA hört man jetzt vermehrt wieder, dass «One man - one vote» demokratischer sei. Ich finde schon die Formulierung überholt: wenn schon denn schon müsste es «One person - one vote» heissen, sonst gehen auch da wieder die Frauen vergessen. Was das Ständemehr bedeutet und warum man das seinerzeit eingeführt hat, kann man jetzt wieder einmal lernen und verstehen. Was das Volk aber nicht verstehen wird, das weiss Regierungsrat Urs Martin. Er hat verkündet, dass das Personal des Kantons keine Lohnerhöhung bekommt, eben weil das Volk das nicht schlucken würde. Hingegen werden dort und da Dividenden ausgeschüttet; das wiederum soll das Volk verstehen. Auch heute geht es ums Geld und auch wir müssen heute Abend ein Budget absegnen, das das Volk versteht. Ob uns das gelingt? Fangen wir mit der Arbeit an.»

---

## 1 Genehmigung der Traktandenliste

**Präsidentin:** Gegen die Traktandenliste erfolgen keine Einwendungen. Damit gilt sie als genehmigt.

---

## 2 Budget 2021

### 2.1 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

### 2.2 Vorbemerkungen

Das Referat des Kommissionspräsidenten Stefan Wolfer (SVP) liegt dem Protokollführer schriftlich vor. Es wird daher im Wortlaut wiedergegeben:

**Kommissionspräsident:** Die Kommission, bestehend aus den Mitgliedern Alexandra Beck (CVP), Tobias Greminger (FDP), Martin Müller (GP), Steven Müller (J&A), Marcel Preiss (GLP), Markus Rizzolli (SVP) und Stefan Wolfer (SVP; Präsident), hat das vorliegende Budget 2021 an drei Sitzungen diskutiert und beraten. Stadtpräsident Max Vögeli informierte die Kommission an der ersten und dritten Kommissionsitzung. Der Leiter der Finanzverwaltung, Erwin Wagner, nahm an sämtlichen Kommissionssitzungen teil und beantwortete der Kommission insbesondere an der zweiten Sitzung diverse Detailfragen und erläuterte finanztechnische Hintergründe. Die von der Kommission dem Stadtrat gestellten Fragen wurden allesamt beantwortet.

Dem Stadtparlament wurde das Protokoll der zweiten Kommissionssitzung mit dem vom Stadtrat beantworteten zahlreichen Fragen vorgängig ausgehändigt. Deshalb geht dieser Bericht im Folgenden nur noch auf einzelne, ausgewählte Anregungen, Themengebiete und Fragen ein, welche die Kommission bearbeitet hat. Er enthält Hinweise an die Mitglieder des Stadtparlaments sowie Empfehlungen und Erwartungen an den Stadtrat und die Verwaltung.

Das vorgelegte Budget 2021 basiert auf folgenden Grundlagen:

- Der Steuerfuss soll neu auf 58% reduziert werden
- Die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens werden im Rahmen der Vorgaben HRM 1 resp. für die Investitionen seit 2016 auf HRM vorgenommen
- Bei den Besoldungen wurde keine Teuerungszulage budgetiert
- Bei den natürlichen Personen wird aufgrund einer bescheidenen Bevölkerungszunahme mit nahezu konstanten Steuererträgen wie im Vorjahr gerechnet
- Bei den juristischen Personen wurde mit der Gesetzesrevision per 1. Januar 2020 der Gewinnsteuersatz von 4.0% auf 2.5% gesenkt. Der mathematische Ausfall von gegen 40% wurde von einigen juristischen Personen durch entsprechende Mehrerträge fast gedeckt. Aufgrund der zu erwarteten Ertragsausfälle bei verschiedenen Branchen wegen der Corona-Pandemie, geht der Stadtrat im Budget aber trotzdem von einem allgemeinen Rückgang der Steuerkraft um etwas über 4% aus.

Die Erfolgsrechnung für das Geschäftsjahr 2021 weist bei einem Ertrag von Fr. 31'959'00 und einem Aufwand von Fr. 33'347'200 einen Aufwandsüberschuss (Defizit) von Fr. 1'388'200 aus. Das Investitionsbudget beläuft sich auf Nettoinvestitionen im Umfang von Fr. 3'965'000.

An der dritten Sitzung hat Max Vögeli der Kommission den Finanzplan 2021 – 2025 vorgestellt. Da dies ein Führungsinstrument des Stadtrates ist und dieser lediglich zur Kenntnisnahme dem Parlament abgegeben wird, hat die Kommission entschieden, keine Empfehlung diesbezüglich abzugeben. Die Kommission begrüsst, dass der Finanzplan nun gemeinsam mit dem Budget dem Parlament vorgelegt wird und regt an, dies auch in Zukunft so beizubehalten.

### 2.3 Budget der Erfolgsrechnung 2021

**Präsidentin:** Wir kommen jetzt zur Detailberatung des Budgets der Erfolgsrechnung 2021. Wir diskutieren dieses abschnittsweise durch. Ich erläutere die Vorgehensweise bei den Anträgen nochmals kurz: Wenn ein Antrag zum gleichen Konto gestellt wird, frage ich nach, ob es einen weiteren Antrag zum gleichen Konto gibt. Ich bitte, diesen dann vorzubringen. Erst danach kann die Diskussion gestartet werden. Ist diese erschöpft, erfolgt die Abstimmung.

## 0 Allgemeine Verwaltung

**Kommissionspräsident:** Seite 30, Kontogruppe 0223 Informatik

Auch die Stadtverwaltung ist den Empfehlungen des Bundesrates gefolgt und hat Corona bedingt wo immer möglich die Mitarbeitenden von Zuhause arbeiten lassen. Dies bedingt, dass die Infrastruktur und Software auch entsprechend auf die mobilen Arbeitsweisen angepasst werden mussten. Aufgrund dessen hat die Arbeitsauslastung in der Informatik in diesem Jahr überdurchschnittlich zugenommen.

Weil die Stadt eine zunehmende Digitalisierung in verschiedenen Bereichen anstrebt, wird die Zuverlässigkeit in der IT-Infrastruktur in Zukunft noch mehr an Wichtigkeit gewinnen. Des Weiteren mussten neue IT-Infrastruktur Umgebungen eingerichtet werden (wie z. B. das Sicherheitszentrum). Aus all diesen Gründen, hat sich der Stadtrat dazu entschieden, die Stellenprozente der Informatik im Budget um 10 % zu erhöhen.

**Marcel Knup (SVP):** Seite 30, Konto 0223.3010.00 Informatik Besoldungen

Der Wunsch nach Erhöhung des Pensums kann nachvollzogen werden. Wurde dies auch mit der Informatikkommission besprochen? Wer hat die Erhöhung beantragt?

**Stadtpräsident Max Vögeli:** Dieses Jahr hat es im IT-Bereich zusätzliche Arbeiten gegeben: Aufbau eines separaten Netzwerks und Internetzugang für die gesamte Stadtverwaltung; Einrichten und Unterhalt von HomeOffice –Arbeitsplätzen; Ablösung und Neueinrichtung der Zeiterfassung; Ablösung der Zutrittskontrolle; Aufbau Netzwerk mit Guest-WLAN in der Sporthalle Güttingersreuti; Übernahme von einigen Aufgaben von Walter Reinhart. Dies hat in diesem Jahr zu Überstunden geführt. Überstunden gab es auch im 2019 wegen Zusatzarbeiten für das Outsourcing 2019-2022. Der zuständige Amtsleiter und Vorgesetzte, Erwin Wagner, hat nun vorsorglich eine Anpassung im Budget 2021 gemacht. Eine Erhöhung des Pensums um 10 % wird aber noch geprüft. Wir werden selbstverständlich die Informatikkommission beiziehen. Abschliessend stelle ich fest, dass wir durch den Ausbau der Digitalisierung vermehrt auf den Support unseres eigenen Informatikers angewiesen sind. Wir sind damit flexibler und fahren auch günstiger.

Keine weiteren Bemerkungen

## 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

**Kommissionspräsident:** Seite 32, Konto 1401.3010.00 Besoldungen

Der Stadtrat hat im Juni 2020 den Beschluss für die Schaffung des Amtes für Gesundheit und Gesellschaft genehmigt, wohin nun auch die Einwohnerdienste überführt wurden. Die Schaffung des neuen Amtes wurde vor dem Hintergrund beantragt, als dass dem Ressort Gesundheit und Gesellschaft bislang keine eigene Verwaltungsabteilung zur Verfügung stand. Für die vielfältigen Themen, welche das Ressort abzudecken hat, standen bisher maximal die Ressourcen von Roger Häfner (20 %) zur Verfügung. Für das neue Amt wird eine Stellenaufstockung von 50 % beantragt. Der Geschäftsprüfungskommission wurde der Beschluss vom Stadtrat vorgelegt. Demnach teilt sich das Aufgabengebiet in die folgenden Bereiche auf; Koordination, Vernetzung und Kommunikation (20 %), Administration der Kommissionen und Netzwerke sowie Umsetzung der Massnahmen (20 %), Aufbau Quartierarbeit und Nachbarschaftshilfe (15 %) und Ressortleitung inklusive Absprachen und schriftlichen Grundlagen mit externen Partnern (15 %).

**Marcel Knup (SVP):** Zu diesem Konto, beziehungsweise zur Erhöhung des Pensums stelle ich folgenden **Antrag:** Die neue Stelle sei in einem Pensum mit 20 % zu schaffen. Ich kann verstehen, dass auch für die Ressortvorsteherin Gesundheit und Gesellschaft eine Verwaltungsstelle geschaffen werden soll. Ich finde 50 % jedoch sehr hoch, das sind 2.5 Arbeitstage pro Woche. Erst soll eine tieferprozentige Stelle geschaffen werden. Diese kann immer noch ausgebaut werden, wenn es Arbeit dafür gibt und es sinnvoll ist. Es braucht auch etwas Zeit, die Aufgaben entsprechend zu gestalten.

**Marcel Preiss (GLP):** Leider kann ich den Antrag so nicht unterstützen, dies aus folgenden Gründen. Ich muss voraussenden, dass ich grundsätzlich skeptisch bin beim Vergrössern unseres Verwaltungsapparates. Es gibt aber drei Gründe, die klar für die Schaffung dieser neuen Teilzeitstelle sprechen. 1. Ich gehe davon aus, dass die verantwortliche Stadträtin weiss, wofür die neue Stelle geschaffen wird. Sie hat bis heute keine direkte Unterstützung für ihre vielschichtigen Tätigkeiten. Da heute von den Stadträten und -rätinnen immer vielschichtige Aufgaben und Probleme abverlangt werden, ist es nicht mehr als recht, wenn die Last teilweise abgegeben werden kann. 2. Wir haben als Parlamentarier jedes Jahr die Möglichkeit, geschaffene Stellen aus dem Budget zu streichen. Damit das nicht passiert, erwarte ich einen Jahresbericht aus dem ich erkennen kann, dass die neu erschaffene Teilzeitstelle auch wirklich ein Bedürfnis ist und uns als Steuerzahler auch eine Art Mehrwert bringt. Leider ist dies für einige Parlamentarier nicht immer verständlich, wie wir im Amt Gesundheit und Gesellschaft einen Mehrwert erzielen können. Es stellen sich einer Stadt leider immer wieder Aufgaben in diesem Bereich, die zu den allgemeinen Dienstleistungen einer modernen Stadt gehören. 3. mit dem Schaffen oder aufstocken einer Stelle können viele Ziele verfolgt werden. Betrachten wir als Vergleich unseren neuen Feuerwehrkommandanten. Noch vor Jahren konnte diese Aufgabe in einer 50 %-Stelle erledigt werden. Dann wurde daraus eine 80 %-Stelle und mit dem heutigen Budget erreichen wir eine 100 %-Stelle. Dies wird ohne jegliches hinterfragen durchgewunken. Einen Hauptgrund für diese Aufstockung ist mit Sicherheit auch, dass damit die Stelle attraktiv gestaltet werden kann und dadurch weniger die Angestellten abspringen. Für eine 50 %-Stelle lässt sich mit Sicherheit eher eine gut qualifizierte Persönlichkeit finden als für eine 20 %-Stelle. Darum kann ich den Antrag nicht unterstützen.

**Martin Müller (GP):** Vor mehr als 1.5 Monaten haben wir Parlamentarier das Budget erhalten. Die GPK hat dreimal darüber beraten. Wir konnten dem Stadtrat Fragen stellen und jetzt, 24 Stunden vor der Budgetsitzung, trudelt dieser Antrag ein. Ich finde dieses Vorgehen absolut unseriös, weil die Prüfung des

Anliegens nicht mehr möglich ist, sicher als Angestellter nicht. Eine sachliche Diskussion ist deshalb meiner Meinung nach nicht möglich. Es können nur ideologische Allgemeinansichten sein wie: die Verwaltung braucht nicht mehr Personal, der Bereich Gesundheit und Gesellschaft soll gestärkt werden, usw. Mir fehlt auch eine Begründung: welche von den für diese Stelle geplanten Massnahmen sollen nicht umgesetzt werden? Pauschale Kürzungen finde ich sehr problematisch. Diese unterstellen, dass die Mitarbeitenden in der Verwaltung sowieso nichts machen. Das ist etwa so unfair wie bei Vergaben von Handwerkeraufträgen, wo die Architekten fiktiv tiefe Angebote im Offertvergleich aufführen, um einen tieferen Preis zu erreichen. Weil ich Prävention, Quartierarbeit und Jugendförderung wichtig finde, bitte ich sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Antrag von Marcel Knup abzulehnen. Ein Teil der Stelle könnte auch helfen, die Probleme zu lösen, die Stadt-, Kantons- und Nationalparlamentarier der SVP am Bahnhof Weinfelden geortet haben.

**Manuel Strupler** (SVP): Ich komme gerade von Bern. Dort war der Einstieg ähnlich wie heute hier. Marcel Knup beantragt ein weniger hohes Pensum. Bei mir stellt sich noch die Frage, ob denn Aufgaben, die in den letzten Jahren outsourct wurden, auch wieder zurück in die Verwaltung genommen werden? Jungenarbeit finde ich auch sehr sinnvoll. Wieviel kann eine Stelle in der Administration davon direkt übernehmen. Stadträtin Ursi Senn soll entlastet werden. Die Probleme am Bahnhof sollten auch gelöst werden. Die bereits vorhandenen Stellen sollen sich diesbezüglich zusammenraufen. Es braucht vielleicht auch Konsequenzen, wenn heute bei einer involvierten Stelle nicht richtig gearbeitet wird. Ich wäre der Meinung, dass das Pensum tiefer starten und dann auch wachsen könnte. Von 0 auf 50 finde ich relativ viel, aber die zuständige Stadträtin kann es beantworten.

**Fritz Streuli** (SP): Bitte beziehen sie bei der Abstimmung über den Antrag Knup auch mit ein, dass ein Pensum von 20 Stellenprozenten gut sein kann für eine fixe Aufgabenstellung. Man kommt an zwei halben Tagen zur Arbeit und kann diese selbständig erledigen. Wenn es Aufgaben sind, die schwanken und bei denen viel Koordinationsbedarf besteht, macht ein so kleines Pensum wenig Sinn. Für das braucht es ein höheres Pensum. 40 oder auch 50 Prozent. Das wird der Stadtrat beurteilen können. Ich empfehle Ihnen, den Antrag Knup abzulehnen.

**Stadträtin Ursi Senn-Bieri**: Ich nehme gerne Stellung zu diesem Antrag. Die Gesellschaft entwickelt sich weiter, ob wir das wollen oder nicht. Als Stadt haben wir zwei Möglichkeiten: 1. wir lassen der gesellschaftlichen Entwicklung ihren Lauf und schauen was dabei herauskommt. 2. wir befassen uns aktiv mit den gesellschaftlichen Entwicklungen und nehmen im Rahmen unserer Möglichkeiten Einfluss. Welche gesellschaftlichen Themen beschäftigen uns aktuell? Die Investition in die Frühe Förderung wird immer mehr als Investition in die Zukunft wahrgenommen. Von Seiten der Schule werden unsere Bemühungen in diesem Bereich sehr begrüsst. Die Integration soll gefördert, aber auch gefordert werden. Wir alle sind überzeugt, dass Weinfelden eine hohe Lebensqualität aufweist. Dass das so bleibt, braucht es den partizipativen Einbezug der Bevölkerung immer mehr. Die demografische Entwicklung schreitet voran. Und damit verbunden ist eine sukzessive Steigerung der Gesundheitskosten, auch auf Gemeindeebene. Eine gut koordinierte und organisierte Nachbarschaftshilfe hilft langfristig mit, die Steigerung der Gesundheitskosten zu dämpfen. Der amtierende Stadtrat hat die zweite Möglichkeit gewählt. Im Rahmen der Legislaturzielplanung haben wir im Bereich Gesellschaft und Gesundheit Ziele formuliert und auch umgesetzt. Daraus entstanden sind das Alterskonzept, das Integrationskonzept, das Jugendkonzept und das Konzept Frühe Förderung. In den aktuellen Legislaturzielen hat sich der Stadtrat auch auf die Förderung der Quartierarbeit und damit verbunden die Förderung der Nachbarschaftshilfe geeinigt. Wir wollen nicht, dass diese Konzepte als Papiertiger in der Schublade verschwinden. Für die Umsetzung, für die Koordination, für die Vernetzung, für die Kommunikation und für die Evaluation braucht es personelle Ressourcen. Wir beantragen wann immer möglich finanzielle Beiträge bei Bund, Kanton oder bei Stiftungen. Aber auch dies ist mit personellem Aufwand für die Antragsstellung und die Berichterstattung verbunden. In den letzten 8 Jahren standen dem Ressort Gesellschaft und Gesundheit 20 Stellenprozente durch den Leiter der Einwohnerdienste zur Verfügung. Dank der sehr effizienten Arbeitsleistung des Stelleninhabers konnten die nötigsten operativen Aufgaben erledigt werden. Aber wohlbemerkt, es handelte sich um die Erarbeitung der Konzepte und erste Umsetzungen. Auch die Ressortleitung hat mehr als üblich operative Aufgaben zu erledigen, was nicht im Sinne der Trennung von operativer und strategischer Ebene ist. Auch ist so der Knowhow-Erhalt nicht gewährleistet. Es kann nicht sein, dass es vom Fleiss oder der Lust des gewählten Exekutivmitgliedes abhängt, ob sich die Stadt in gesellschaftlichen Themen investiert oder nicht. Im Bereich der Koordination und Kommunikation, bei der Evaluation von Konzepten und im Bereich Quartierarbeit und Nachbarschaftshilfe fallen neue Aufgaben an, welche mit den bestehenden Ressourcen nicht abgedeckt werden können. Einige von Ihnen finden 50 Stellenprozente zu viel. Wenn in unserem Haus Handwerker



tätig sind, habe ich jeweils auch das Gefühl, diese Arbeit sollte schneller und günstiger erledigt werden können. Aber Qualität kostet und braucht die nötige Zeit. Die anstehenden Aufgaben sind aufwändig und herausfordernd. Die beantragte Erhöhung um 50 % ist gut durchdacht. Die Anforderung an die Stelle sind Projektmanagement, Kommunikation, Leitung von Arbeitsgruppen, Sekretariat und Berichterstattung. Selbstverständlich wird dann jeweils im Geschäftsbericht dargelegt, was durch die Stelle bearbeitet wird.

Die Diskussion wird nicht weiter benutzt.

#### **Abstimmung:**

Der Antrag Knap wird mit 5:20 Stimmen abgelehnt.

**Kommissionspräsident:** Seite 33, Konto 1404.4240.01 Marktgebühren

Die klassischen Märkte sind schon seit einigen Jahren durch das Wachstum der Onlinemärkte unter Druck geraten. Die Corona-Pandemie hat diesen Trend zusätzlich noch verstärkt. Eine Durchführung der Märkte im Jahr 2021 ist gegenwärtig noch unsicher. Aus diesem Grund wurde in der Kommissionssitzung ein Antrag auf Kürzung der Position um 10'000 Franken gestellt. Diesem Antrag wurde einstimmig zugestimmt. Deshalb stelle ich im Namen der Kommission den folgenden **Antrag:** Das Konto 1404.4240.01 Marktgebühren sei um Fr. 10'000 auf Fr. 30'000 zu reduzieren.

**Stadtrat Hans Eschenmoser:** Die Kürzung kann aus meiner Sicht gemacht werden. Sie hat aber keine Wirkung in der Handlung, bzw. es soll dadurch ja nicht weniger Markt durchgeführt, oder die Tarife gesenkt werden. Es geht rein darum, den Ertrag der momentanen unsicheren Lage bezüglich Durchführungsmöglichkeit der Märkte anzupassen.

Die Diskussion wird nicht weiter benutzt.

#### **Abstimmung**

Der Antrag der GPK wird mit 27:00 Stimmen genehmigt.

Keine weiteren Bemerkungen

### **3 Kultur, Sport und Freizeit**

**Kommissionspräsident:** Seite 42, Konto 3291.4240.01 Saal Thurgauerhof Raumvermietung Saal / Küche Aufgrund der ungewissen Weiterentwicklung der Corona-Pandemie ist auch in dieser Position mit Mindereinnahmen bei der Raumvermietung zu rechnen. Es ist bereits jetzt absehbar, dass das diesjährige Budget deutlich unterschritten werden wird. Es ist anzunehmen, dass sich dieser Trend auch im nächsten Jahr fortsetzen wird. Aus diesem Grund wurde in der Kommissionssitzung ein Antrag auf Kürzung der Position um 40'000 Franken gestellt. Diesem Antrag wurde mit 6 JA-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt. Deshalb stelle ich im Namen der Kommission den folgenden **Antrag:** Das Konto 3291.4240.01 Raumvermietung Saal / Küche sei um Fr. 40'000 auf Fr. 100'000 zu reduzieren.

**Stadtpräsident Max Vögeli:** Als das Budget gemacht wurde, war man noch zuversichtlicher, was den Verlauf der Einschränkungen betrifft. Es ist gerechtfertigt, das Budget zu kürzen.

Die Diskussion wird nicht weiter benutzt.

#### **Abstimmung**

Der Antrag der GPK wird mit 28:0 Stimmen genehmigt.

**Kommissionspräsident:** Seite 47, Kontogruppe 3415 Sportanlagen

In der Kommission wurde der Antrag gestellt, den übrigen Betriebsaufwand zugunsten einer gesamtheitlichen Arbeitsplatzzerhebung um 5'000 Franken zu erhöhen. Die Kommission hat diesem Antrag grundsätzlich einstimmig zugestimmt, allerdings auf das Festsetzen eines Betrages verzichtet. Die Kommission wünscht, dass im nächsten Jahr eine Arbeitsplatzzerhebung über die Sportanlagen Güttingersreuti erstellt wird. Dies vor dem Hintergrund, dass in den vergangenen Jahren zusätzliche Arbeitsbereiche wie der Kunstrasenplatz, Bewegungspark, Grünpflege des Freibads etc. dazugekommen

sind. Bestandteil der Erhebung soll auch eine Auslastungsanalyse der Mitarbeitenden und Maschinen sein, um allfälliges Potential aufzuzeigen, wo eine Fremdvergabe von Arbeiten Sinn ergibt oder Synergiepotential mit anderen Ämtern besteht.

**Manuel Strupler** (SVP): Seite 48, Konto 3421.3140.05 Stadtgärtnerei, Biodiversität. Dieses Konto wurde um 20'000 Franken erhöht. Dieses Geld soll für die Biodiversität gebraucht werden. Das finde ich eine gute Sache. Es wurde auch in Vergangenheit schon vieles in diesem Themenbereich getan. Ich habe die Bitte, dass bezüglich den Tätigkeiten eine Auslegeordnung gemacht wird. Was hat die Stadtgärtnerei schon alles gemacht. Zum Beispiel wurden die Kreisel naturnah gestaltet. Die Stadtgärtnerei macht eine sehr gute Arbeit.

**Stadtrat Daniel Engeli:** Vielen Dank für die Anregung. Wir gehen eine Stufe weiter. Wir wollen nicht nur aufzeigen, was die Stadt macht, sondern was die Körperschaften machen. Es sollen alle schauen, wo sie stehen. Es gibt eine gemeinsame Auslegeordnung mit Kommunikation. Der Vorteil naturnah wird auch geprüft. Biodiversität ist ein Thema für alle.

Keine weiteren Bemerkungen

#### 4 Gesundheit

Keine Bemerkungen

#### 5 Soziale Sicherheit

**Kommissionspräsident:** Seite 55, Konto 5731.3138.00 Projekte Integrationskommission  
In der Kommission wurde der Antrag zur Erhöhung dieser Position um 40'000 Franken gestellt. Mit der Aufstockung sollen zusätzliche Ressourcen im Bereich der Integration geschaffen werden um gezielt Projekte zu erarbeiten und umzusetzen. Die Kommission hat sich intensiv über den Antrag ausgetauscht. In der Schlussabstimmung wurde der Antrag mit 4-NEIN zu 2-JA Stimmen abgelehnt. Im nächsten Frühjahr wird die Kommission voraussichtlich das Ressort Soziales und das Ressort Gesundheit besuchen um mehr über Projekte und Organisation zu erfahren.

Keine weiteren Bemerkungen

#### 6 Verkehr

**Kommissionspräsident:** Seite 58, Konto 6150.3141.80 Konzept Langsamverkehr Umsetzung  
Im Konzept Langsamverkehr sowie in der Nutzungsstrategie Ortskern ist eine Begegnungszone für das Zentrum vorgesehen. Gemäss Antwort des Stadtrates muss eine Umsetzung Begegnungszone im Zentrum gesamtheitlich betrachtet werden. Dazu hat die Stadt die Instrumente «Konzept Fuss- und Radverkehr» «Teilrichtplan Zirkulationsanordnung» und die «Umsetzung Nutzungsstrategie Ortszentrum». Der Stadtrat denkt mittelfristig einen Abschnitt als Versuchsphase Begegnungszone umzusetzen, vorausgesetzt, dass die wesentlichen Akteure ein solches Vorhaben unterstützen. Vor diesem Hintergrund wurde in der Kommission ein Antrag gestellt, die Position um 20'000 Franken zu erhöhen um erste Abklärungen vorzunehmen. Die Kommission hat diesem Antrag grundsätzlich zugestimmt, allerdings aufs Festsetzen eines Betrages verzichtet. Die Kommission erwartet aber, dass bis zum nächsten Budget erste Abklärungen vorgenommen wurden und ein erster Zwischenbericht abgegeben werden kann.

**Reto Frei** (GP): Seite 57, Konto 6150.3111.20 Gemeindestrassen, Anschaffungen  
Zum Thema Anschaffungen Salzsteuer: Es gäbe auch die Alternative, anstatt Salz Sole zu verwenden. Das Trockensalz muss erst feucht werden, damit es seine Wirkung entfalten kann. Sole beginnt sofort und direkt mit dem Ausbringen zu wirken. Damit können Einsparungen von 30 – 60 Prozent erreicht werden. Was nicht nur in der Gemeindekasse, sondern auch für die Umwelt von Vorteil ist. Auch für die Randsteine ist es besser. Sole eignet sich auch für präventive Einsätze. Sole wirkt sofort und kann beispielsweise auch nicht

weggeweht werden. Es geht mir darum, dass vor der Anschaffung von neuen Geräte solche Überlegung gemacht und sich ein Umstieg auf Sole ernsthaft überlegt wird.

Keine weiteren Bemerkungen

## 7 Umweltschutz und Raumordnung

**Kommissionspräsident:** Seite 58, Konto 7900.3132.02 Umsetzung Nutzungsstrategie Ortskern  
In der Kommission wurde der Antrag gestellt, die Position um 30'000 Franken zu erhöhen um das Pensum des Projektleiters Nutzungsstrategie Ortskern zu erhöhen. Dies mit der Begründung, dass dieser bei sämtlichen Planungen einbezogen und neue Projekte angestossen werden können. Der Antrag wurde in Kombination mit einer höheren Entnahme aus der Spezialfinanzierung Frauenfelderstrasse 39/43 gestellt, um damit die höheren Ausgaben finanzieren zu können. Die Kommission hat den Antrag mit 4 NEIN Stimmen zu 3 JA Stimmen abgelehnt.

**Marcel Knup (SVP):** Ich habe eine Anfrage an den Stadtrat bezüglich Umsetzung der Nutzungsstrategie Ortskern: Wer erteilt die Aufträge und wer kontrolliert, was umgesetzt wird. Es konnten gerade in der Coronazeit nicht alle Projekte durchgeführt werden. Was wurde in dieser Zeit angestossen? Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den Detaillisten? Was kann noch mehr an die Privaten abgegeben werden?

**Martin Müller (GP):** In der GPK war der Antrag umstritten. Darum möchte ich ihn dem Parlament nicht vorenthalten: Ich stelle folgende **Anträge:**  
Seite 65, Konto 7900.3132.02 Umsetzung Nutzungsstrategie Ortskern:  
Erhöhung um Fr 30'000.00 auf Fr. 80'000.00. Seite 65, Konto 7900.4501.00 Entnahme aus Spezialfinanzierung Frauenfelderstrasse 39/43, Erhöhung der Position um Fr. 30'000.00 auf Fr. 53'600.00.  
Die Nutzungsstrategie Ortskern wurde im Jahr 2016 vom Stadtrat verabschiedet. Für die Umsetzung wurde ein Teilpensum von 50 % bewilligt. Die Stelle als Projektleiter wurde mit David Keller besetzt. Die Nutzungsstrategie Ortskern umfasst total 13 Massnahmen. Welche sind bis jetzt umgesetzt worden? Das sind aus meiner Sicht die folgende zwei Massnahmen: B-2, Kulinarik und Wein zelebrieren: Umsetzung vom Tourismuskonzept mit Gourmetwanderung und Weinweg und B-3, das Element Märkte gezielt einsetzen: der «Wyfelder-Fritig» jeden Monat ist aus meiner Sicht sehr erfolgreich. Zwei weitere Massnahmen sind meines Wissens in Planung. A1, den Bahnhofplatz zum Eingang machen: Anpassungen des Verkehrsregimes vor dem Bahnhof sind in Planung. B11, Messen und Ortskern besser koordinieren: Der Zeitung konnte entnommen werden, dass die Messen ein grosses Gebäude im Westen von Weinfeldern bauen wollen. Ob das im Sinne der Nutzungsstrategie Ortskern ist, bezweifle ich. Die Massnahme C-2, ein regionales Detailhandelskonzept anstreben: der Detailhandel soll im Wohn- und Gewerbegebiet eingeschränkt werden, kann nicht umgesetzt werden, wie in der Beratung des Baureglementes festgestellt wurde. Für die restlichen 8 Massnahmen wurde mit dem «Wyfelder Fritig» das Fundament gelegt und das Vertrauen zwischen den betroffenen Akteuren konnte aufgebaut werden. Die Massnahme A5, das Flanieren verbessern, das heisst eine Begegnungszone im Zentrum schaffen, wird jetzt umsetzbar. Die GPK fordert deshalb vom Stadtrat, das bis in einem Jahr Abklärungen vorgenommen werden. Es ist mir aber bewusst, dass nicht nur gefordert werden kann, der Verwaltung müssen auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aus meiner Sicht könnte der Projektleiter Nutzungsstrategie Ortskern erste Abklärungen vornehmen. Vor allem, weil das Tiefbauamt und das Amt für Sicherheit zurzeit ziemlich ausgelastet sind und es könnten noch weitere Massnahmen der Nutzungsstrategie angepackt werden. Dafür braucht es Manpower. Gleichzeitig soll auch der aufwendige «Wyfelder Fritig» weiterlaufen. Deshalb beantrage ich, das wir für die Nutzungsstrategie Ortskern statt wie im Budget vorgesehen 123'600 Franken, neu 153'600 Franken aufwenden. Und die Stelle um 10 – 20 Prozent erhöhen. Das notwendige Geld soll aus der Spezialfinanzierung Frauenfelderstrasse 39/43 entnommen werden. Im dazugehörigen Reglement ist festgehalten, dass bei einem Bestand von über Fr. 500'000.00 der Rest zur Verschönerung von Weinfeldern gebraucht werden darf. Der Bestand der Spezialfinanzierung beträgt eine knappe Million Franken. Jährlich kommen 60'000 bis 70'000 Franken dazu. Bei einer Entnahme von 53'600 Franken würde der Bestand der Spezialfinanzierung also weiterhin steigen. Ich bitte sie deshalb im Namen der Fraktion SP/GP/GLP, dem Antrag zuzustimmen. Wir können das Weinfelder Zentrum besser und schneller stärken ohne zusätzliches Steuergeld einzusetzen.



**Tobias Greminger** (FDP): Bei der letzten Budgetsitzung wurde die Stossrichtung mit dem Projektleiter Nutzungsstrategie Ortskern nochmals bestätigt. Die Möglichkeit Projekte umzusetzen hat sich aufgrund der Pandemie erschwert. Aktivitäten mussten zurückgefahren werden. In der momentanen Situation ist es auch sehr schwer, etwas zu machen. In der Folge wurden die Kontrollen bezüglich Schutzkonzepte Gastronomie übernommen. Die Situation ist schwierig abzuschätzen. Ich bin grundsätzlich nicht gegen eine Aufstockung. Ich halte es jetzt aber für den falschen Zeitpunkt. Es gibt im Moment keine Berechtigung. Jetzt können die Arbeiten nicht ausgeführt werden.

**Manuel Strupler** (SVP): Im Namen der SVP Fraktion bitte ich, den Antrag abzulehnen. Es wird jedes Jahr über die Position diskutiert. Die Stelle ist von David Keller besetzt, aber es ist unabhängig, wer die Stelle besetzt. Es nützt nichts, wenn nur Stellenprozente erhöht werden. Nur alle zusammen können Weinfeldern beleben. Es gäbe nichts, wenn nicht Unternehmer da gewesen wären. Ich bin der Meinung, dass es die Stadt Weinfeldern jetzt sehr gut macht. Es wird dort unterstützt, wo etwas gemacht wird. Input und Anschub muss von den Privaten kommen. Wir haben alle zusammen die Möglichkeit etwas zu machen. Deshalb bin ich entschieden gegen den Antrag. Aus den bestehenden 50 Prozent muss das Maximum rausgeholt werden.

**Stadtpräsident Max Vögeli**: Weil es unter ihnen auch einige Neumitglieder hat, werde ich zu diesem Thema etwas ausführlicher. Die Stadtanalyse, die Nutzungsstrategie, sämtliche Massnahmen sowie die Organisation sind seit vier Jahren auf der Homepage aufgeschaltet. Inhaltlich ist der Lenkungsausschuss und die Begleitgruppe verantwortlich. Der Lenkungsausschuss hat monatlich eine Koordinationssitzung und entscheidet über die Projekte und das weitere Vorgehen. Dazu kommen Treffen von David Keller mit den Fachgeschäften, dem Gewerbeverein und der Arbeitsgruppe «Wyfelder Fritig». Dieser Austausch ist ein wichtiger Teil der Arbeit von David Keller. Wie alle anderen Ämter und Abteilungen der Verwaltung sind seine Tätigkeiten im Geschäftsbericht jährlich abgebildet. Im EspaceSuisse-Magazin für Raumplanung ist unsere Arbeit in Weinfeldern positiv beurteilt worden. So viel zur Aussensicht! Vor einem Jahr fanden Gespräche mit dem Gewerbeverein statt bezüglich Zukunft des Wyfelder Fritig. Es wurde vereinbart, dass dieser Anlass weiterhin durch die Stadt organisiert und auch die übrigen Massnahmen durch die Stadt koordiniert werden sollen. Wir haben dann entschieden, die Anstellung mit David Keller um drei Jahre zu verlängern. In 1 1/2 Jahren wird dann der nächste Entscheid gefällt werden müssen, wie es weitergeht.

Wir haben dann anfangs Jahr zwei weitere Projekte an David Keller übertragen: Info- und Fussgängerleitsystem sowie das neue Kommunikationskonzept. Neu gibt es auch noch ein Projekt in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverein, das zurzeit noch nicht spruchreif ist. Die Kommunikation erfolgt zu gegebener Zeit durch den Gewerbeverein. Diese Arbeiten sowie auch der Wyfelder Fritig sind dann wegen der Corona-Krise in Rückstand geraten bzw. mussten mehrheitlich abgesagt werden. Dadurch gab es für David Keller freie Kapazitäten. Der Kanton hat bekanntlich verschiedene Corona-Massnahmen an die Gemeinden delegiert, so beispielsweise die Kontrolle der Schutzkonzepte der Gastrobetriebe. David Keller führt diese Kontrollen bei den Gastrobetrieben durch, d.h. ca. 4 – 6 Betriebe pro Woche. Die Rückmeldungen sind positiv, die Betriebe schätzen diesen Kontakt und allfällige Hilfestellungen. Damit kann seine 50 %-Stelle aktuell ausgefüllt werden. Es ist weder eine Erhöhung noch eine Senkung angezeigt. Zum Schluss nochmals kurz zur Zentrumsförderung und einige persönlichen Bemerkungen: Wenn sie das neue Heft «inside» mit dem Untertitel News und Facts aus einem lebendigen Zentrum gelesen haben, wird deutlich, dass es nicht für alle Aktivitäten den Staat braucht. Diese Unternehmen haben innovative Ideen und setzen sie um, dazu gehört auch unser Ratskollege Lukas Madörin. Vielen Dank für dieses Engagement. Oder anders gesagt: Es gilt in erster Priorität Eigenverantwortung und Eigeninitiative und erst dann kommt die Unterstützung durch die Stadt. Und wenn Sie konkrete Ideen haben, der Lenkungsausschuss freut sich darüber. Ich bitte Sie zudem, den Antrag von Martin Müller abzulehnen.

Keine weiteren Bemerkungen

### **Abstimmung**

Der Antrag Müller wird mit 8:19 Stimmen abgelehnt.

**Fritz Streuli** (SP): Seite 63, Konto 7301.3132.00, Kompostieranlage, externe Berater  
Bei diesem Konto wurden für das nächste Jahr 30'000 Franken eingestellt. Was ist die Zielsetzung dieses Vorhabens? Was wird da geplant?

**Stadtrat Daniel Engeli:** Das Ziel lautet: Überprüfung der Kompostieranlage. Es soll eine nachhaltige Nutzung stattfinden und die Anlage soll überprüft werden. Zudem muss die Grüngutsammlung der Stadt Weinfelden im nächsten Jahr ausgeschrieben werden.

## 8 Volkswirtschaft

**Kommissionspräsident:** Seite 67, Kontogruppe 8501 Corona Pandemie Massnahmen  
Diese Kontogruppe wurde neu hinzugefügt und bezieht sich auf den Beschluss des Stadtparlaments vom 18. Juni 2020, respektive mit der Gewinnverwendung aus dem Geschäftsjahr 2019 und der Einlage in die Vorfinanzierung Hilfspaket Auswirkungen Corona-Krise. Selbstredend sind die voraussichtlichen Aufwendungen mit dem heutigen Wissensstand schwierig vorauszusagen. Das hängt massgeblich von der Länge und Intensität des weiteren Verlaufs der Corona Pandemie zusammen.

Die Kommission hat sich in diesem Zusammenhang über den aktuellen Stand der Massnahmen informiert; Wie bereits bekannt, hat der Stadtrat als Sofortmassnahmen Investitionen und Unterhaltsarbeiten im Frühjahr vorgezogen um das örtliche Gewerbe zu unterstützen. Die vom Parlament beschlossenen Gutscheine haben bei der Bevölkerung Anklang gefunden, rund eine halbe Million Schweizer Franken wurden bislang eingelöst. Das Gewerbe hat noch bis Ende Dezember Zeit, die Gutscheine bei der Stadtverwaltung einzulösen. Auf Nachfrage hat der Stadtrat erklärt, dass keine A-Fonds-Perdu Zuschüsse ausbezahlt wurden. Ein Beitrag an die Messen wurde vom Stadtrat abgelehnt. Es gab Anfragen von Mietern der Stadtliegenschaften um Mietzinsstundungen und/oder Reduktionen. Diesbezüglich wartet die Stadtverwaltung den Bundesentscheid ab. Ansonsten wurden bisher ca. 50'000 Franken vom Stadtrat für Unterstützungsanfragen zur Verfügung gestellt.

**Manuel Strupler (SVP):** Seite 67, Konto 8500.3635.03, Beiträge Wirtschaftsförderung  
Dem Kommentar habe ich entnommen, dass mit dem Verein Co-Working eine Leistungsvereinbarung über Fr 10'000.00 pro Jahr, für die Jahre 2020-2023 vereinbart wurde. Früher wurden bereits Leistungsvereinbarungen mit dem Kino, den Kitas etc. vereinbart. Ich finde das eine ungute Entwicklung. Es müsste eine Anschubfinanzierung gemacht werden. Es kann so nicht sein, dass jährliche Unterstützungsbeiträge gezahlt werden, bei Institutionen, die sich selber tragen sollten. Ich bitte den Stadtrat deshalb, künftig nicht mehr so viele Leistungsvereinbarungen zu machen. Es kann Anschubfinanzierungen geben und danach muss es sich selber tragen. Es sollte rentabel gearbeitet werden können.

**Stadtpäsident Max Vögeli:** Aus meiner Sicht wurde hier etwas missverstanden. Die Leistungsvereinbarung mit dem Kino läuft bereits zwei Jahre und wurde auch budgetiert. Der Stadtrat hält das Kino für eine zu erhaltende kulturelle Institution, die der Stadt etwas wert ist. Beim Co-Working ist es eine verzögerte Anschubfinanzierung. Diese wurde für 3 Jahre gesprochen. Wird das Co-Working in dieser Zeit nicht selbständig, muss über die Zukunft entschieden werden. Der Stadtrat ist grundsätzlich auch der Meinung, dass es danach selbsttragend funktionieren muss.

Keine weiteren Bemerkungen

## 9 Finanzen und Steuern

**Kommissionspräsident:** Seite 68, Kontogruppe 9100 Steuern  
In der Kommission wurde der Antrag gestellt, den Steuerfuss auf 60 % zu belassen. Dies vor dem Hintergrund, dass die Auswirkungen der Corona Pandemie zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vollumfänglich bekannt sind. Die Kommission hat den Antrag mit 5 NEIN zu 2 JA Stimmen abgelehnt. Weitere Bemerkungen zum Antrag des Stadtrates werden in den Schlussbemerkungen erläutert.

Keine weiteren Bemerkungen

## 2.4 Budget der Investitionsrechnung

**Kommissionspräsident:** Seite 75, Konto 1408.5160.00 Umbau Büroräume / neue Büroeinrichtungen  
Die Regionale Berufsbeistandschaft Weinfelden plant Anpassungen an den Büroräumlichkeiten. Diese beinhalten einen Austausch von Fenstern im Erdgeschoss (dies auf Kosten des Vermieters), die Anschaffung von neuen Möbeln und die Erstellung eines Besprechungszimmers. Der Betrag von 90'000 Franken würde die Aktivierungsgrenze unterschreiten und müsste demnach gemäss den Rechnungslegungsgrundsätzen direkt im Aufwand der Erfolgsrechnung verbucht werden. Von diesem Grundsatz wird eine Ausnahme gemacht, da die Berufsbeistandschaft regional organisiert ist und umliegende Gemeinden ebenfalls Beiträge bezahlen. Damit nicht eine Benachteiligung in einzelnen Jahren entsteht, wird die Investition eben nicht direkt im Aufwand verbucht, sondern aktiviert und über die Laufzeit abgeschrieben. Die Geschäftsprüfungskommission ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Seite 79 Konto 7410.5020.11 Giessen Renaturierung  
In den vergangenen Jahren hat der Stadtrat dem Parlament immer wieder abschnittsweise Teilplanungen für den Giessen vorgelegt. Die Kommission wünscht sich bis zum nächsten Rechnungsabschluss vom Stadtrat eine Auslegeordnung über das ganze Stadtgebiet (Osten und Westen). In dieser soll der Giessen in verschiedene Abschnitte aufgeteilt werden, wo der Stadtrat dem Parlament einerseits den aktuellen Stand offenlegt und andererseits die Ziele, respektive verschiedene Möglichkeiten detailliert erläutert. Die Kommission hat darauf verzichtet, einen bestimmten Betrag dafür ins Budget einzustellen.

**Stadtrat Daniel Engeli:** Die Teilrenaturierung des Giessens wird abgestrebt bzw. die Planung ist in Arbeit. Die Stadt hat den Abschnitt Ost vertieft angesehen. Es ist geplant, die Anlieger zusammen mit dem Parlament im Februar / März 2021 darüber zu informieren.

Keine weiteren Bemerkungen

**Präsidentin:** Sie haben das Budget 2021 durchberaten, gibt es Rückkommensanträge?

**Reto Frei (GP):** Ich habe noch eine Bemerkung zur Pensionskasse. Ich würde die Pensionskasse bezüglich ihren Anlagen gerne in die Verantwortung nehmen. Ende November 2020 haben wir über die Konzernverantwortungs- und die Kriegsmaterialinitiative abgestimmt. Ich gebe die Anregung mit, dass die Pensionskasse der Stadt nur in saubere Unternehmen investiert. Es gäbe beispielsweise die Sammelstiftung NEST, die Nachhaltigkeit garantiert.

Diskussion wird nicht weiter benutzt.

### Schlussbemerkung

**Kommissionspräsident:** Die Kommission hat neben dem Budget auch die vom Stadtrat beantragte Steuerfussenkung auf 58 % beraten.

Die Kommission ist mehrheitlich der Ansicht, dass für das Budget 2021 ein Steuerfuss von 58 % angemessen ist. Die Stadt Weinfelden konnte in den vergangenen Geschäftsjahren Reserven bilden. Das Eigenkapital (kumulierte Ergebnisse der Vorjahre) ohne Neubewertungsreserve beläuft sich per 31. Dezember 2019 auf CHF 6.4 Mio.

Des Weiteren wird im Finanzplan ersichtlich, dass die Neubewertungsreserve ab dem Jahr 2021 mit jährlich rund 1.4 Mio. über die nächsten fünf Jahre im Eigenkapital aufgelöst wird. Dadurch wird die Eigenkapitalbasis weiter gestärkt. Die Vorgabe zur Auflösung über diese Zeitspanne entspricht dem geltenden Gesetz. Allerdings ist die Richtlinie des Regierungsrates noch pendent, es ist wahrscheinlich, dass mit dieser Richtlinie auch noch andere Verwendungsformen zulässig werden. Unabhängig davon ist die Mehrheit der Kommission der Ansicht, dass eine Steuersenkung zum gegenwärtigen Zeitpunkt geeignet ist, um die Steuerbelastung von Gewerbe und Privatpersonen zu reduzieren.

## Empfehlungen der Kommission

1. Die Kommission empfiehlt: Es sei der Steuerfuss entsprechend dem Antrag des Stadtrats auf 58 % zu senken.
2. Die Kommission empfiehlt: Es sei das Budget 2021 unter Berücksichtigung der durch das Parlament beschlossenen Anpassungen zu genehmigen.

**Martin Müller** (GP): Ich stelle den **Antrag**, der Steuerfuss sei auf 60 % zu belassen. Der Stadtrat möchte den Steuerfuss auf 58 Prozent senken. Dadurch wird ein prognostiziertes Defizit von 1.4 Mio. Franken entstehen. Vor einem knappen Jahr hätte die Einführung des Stadtbusses zu einer Steuererhöhung führen können, wenn man dem Stadtrat und dem Gegenkomitee geglaubt hat. Aber jetzt in der Adventszeit möchte man schon anfangen, Geschenke zu verteilen. Diese Steuersenkung kommt zu einem Zeitpunkt, wo, ich zitiere aus dem Finanzplan 2022 – 2025: Die langfristigen Auswirkungen der COVID-Pandemie nur schwer einzuschätzen sind. Aus meiner Sicht sollte das Sprichwort, spare in der Zeit, dann hast Du in der Not, gerade jetzt umgesetzt werden. Sehr wahrscheinlich wissen wir in einem Jahr, was die Auswirkungen der Corona Pandemie sein werden. Zurzeit können wir nur rätseln, was noch alles passieren wird. In einem Jahr können die Steuern aus meiner Sicht mit gutem Gewissen gesenkt werden, vielleicht dann sogar dauerhaft, nicht nur für drei Jahre befristet.

Es ist mir bewusst, dass die Schulgemeinden gesamthaft planen, den Steuerfuss um 2 Prozent zu erhöhen, wie sie das vor einem Jahr angekündigt haben. In früheren Finanzplänen hat der Stadtrat die Pläne der Schulgemeinden aber auch nie berücksichtigt. Zudem müssen die Schulgemeinden keine Beiträge für wirtschaftliche Hilfen bezüglich Corona Pandemie bezahlen. Wenn also der Gesamtsteuerfuss gleichbleiben soll, wäre aus meiner Sicht sinnvoller, wenn die Schulen den Steuerfuss nicht erhöhen würden. Ich bitte sie deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Antrag unserer Fraktion zu unterstützen und den Steuerfuss bei 60 Prozent zu belassen.

**Marcel Knup** (SVP): Ich bin der Meinung, der Steuerfuss muss gesenkt werden. Das Eigenkapital beträgt über 6 Mio. Franken. Unabhängig von der Bewertungsreserve. Es ist im Budget ein prognostizierter Verlust von 1.4 Mio. Franken ausgewiesen. Der Gewinn müsste sich um 2.8 Mio. Franken verschlechtern damit dies eintrifft. Das würde bedeutet, 10 Prozent weniger Ertrag. Ich bin der Meinung, es wurde wieder vorsichtig budgetiert. Unsere grossen Unternehmen werden nicht so sehr betroffen sein aufgrund ihrer Businessmodelle. Bei den Finanzkrisen war der Rückgang max. 2.9 %. Bei der Coronakrise wird sich das nicht so schnell auswirken. Die Stadt hat das Finanzgleichgewicht in den letzten Jahren nicht eingehalten. Während 8 Jahren sollte es ausgeglichen sein, es wurde aber immer ein Ertragsüberschuss erzielt. Wenn die Reserven immer grösser werden, gibt es auch immer mehr Ideen, was mit dem Geld gemacht werden könnte. Wenn die Mittel knapp sind, ist das weniger der Fall. Alle wollen das Beste für Weinfelden, sollte wider Erwarten ein Einbruch kommen, können die Steuern auch wieder erhöht werden. Der Steuerfuss sollte jetzt gesenkt werden.

**Matthias Riggenschach** (GLP): Spare in der Zeit, so hast Du in der Not. Die Covid-19-Auswirkungen auf die städtischen Finanzen sind erst im nächsten Jahr abschätzbar. Deshalb soll mit einer Steuersenkung noch ein Jahr zugewartet werden. Als Grünliberaler bin ich nicht grundsätzlich gegen Steuersenkungen. Wenn es der Konjunktur gut geht und die Stadt umsichtig wirtschaftet, soll der Steuerzahler das auch merken dürfen. In diesem Sinne wurde der Steuerfuss unserer Gemeinde in den letzten 10 Jahren kontinuierlich von 67 auf 60 % reduziert. Das ist eine durchaus erfreuliche Entwicklung. Ich bin aber überzeugt, dass die Situation aktuell anders ist und unterstütze deshalb den Antrag von Martin Müller. Wir schauen heute in eine ungewisse Zukunft. Wir stehen gerade erst am Anfang der Auswirkungen der Pandemie. Jeder kennt sehr wahrscheinlich jemanden der Kurzarbeit hatte, vereinzelt wurden vielleicht schon Entlassungen bekannt. Auch ich persönlich erlebe im Moment Kurzarbeit und Kündigungen wurden bei uns auch schon gesprochen. Einige unserer Industriekunden hatten dieses Jahr ganze Abteilungen über Monate in der Kurzarbeit, sie haben bis heute nichts mehr bestellt. Über kurz oder lang werden wir alle die Auswirkungen zu spüren bekommen. Die Schweiz ist ein reiches Land und wir mögen deshalb besser vorbereitet sein als anderer Länder. Nichtsdestotrotz werden wir es merken. Deshalb ist jetzt fiskalische Vorsicht geboten. Mit einer Steuersenkung beschneidet sich die Stadt ihre Möglichkeiten im falschen Moment selbst. Wie Elsi Bärlocher in der Beratung des Weinfelder Gutscheins richtig gesagt hat, sollte sich die Stadt in der jetzigen Situation etwas «in der Hinterhand» behalten. Beat Brühlmann nannte es auch die Frage des Zeitpunkts, und

es ist meiner Meinung nach nicht der richtige Zeitpunkt um unsere Reserven vorschnell aufzulösen. Auch die Wirkung dieser Massnahme hinterfrage ich. Während der Gutschein wenigstens ins lokale Gewerbe geflossen ist, werden die wenigsten von uns die Senkung des Gemeindesteuerfusses um 2 % überhaupt bemerken. Es wird gesagt die Steuersenkung sei eine Massnahme zur Bekämpfung der Pandemie durch die Anregung von Investitionen. Das Gewerbe hat gerade erst über den nationalen Weg eine Steuersenkung von 4 % erhalten, eine weitere Senkung ist da nicht dringlich. Und die ökonomische Theorie wonach Steuersenkungen für Vermögende schlussendlich immer allen zugutekommen, gehört wirklich langsam ins Märchenland, das darf ich als studierter Ökonom so sagen. Gerade in unsicheren Zeiten legt jeder vernünftige Investor sein Geld eher auf die hohe Kante, anstatt grosse produktive Investitionen zu tätigen. Aus diesen Gründen unterstütze ich den Antrag von Martin Müller, den Steuerfuss bei 60 % zu belassen.

**Fritz Streuli** (SP): *Gleich vorweg – auch ich zahle unsere Steuern nicht nur mit Vergnügen und auch ich freue mich, wenn unsere Steuerrechnung kleiner ausfällt. Und trotzdem bin ich gegen eine Steuerfussenkung zum jetzigen Zeitpunkt. Hand auf's Herz – wer von uns würde in dieser mit so ungewissen Faktoren behafteten Zeit freiwillig auf Teile seines Einkommens verzichten? Oder welches Unternehmen würde jetzt freiwillig seine Einnahmen schmälern?*

*Lasst mich Euch einige Zahlen nennen: Eine Steuerfussenkung von 60 % auf 58 % bedeutet in eurer Steuerrechnung eine Reduktion des Endbetrages von 0,73 %, also nicht einmal 1 %. Ich mache einige Berechnungsbeispiele: Bei einem alleinstehenden Steuerpflichtigen ergibt die Ersparnis bei einem steuerbaren Einkommen von*

Fr. 40'000.00	Fr. 31.00
Fr. 60'000.00	Fr. 59.00
Fr. 100'000.00	Fr. 117.00
Fr. 150'000.00	Fr. 192.00
Fr. 200'000.00	Fr. 272.00

*Bei verheirateten Steuerpflichtigen sieht es so aus:*

Fr. 40'000.00	Fr. 11.00
Fr. 60'000.00	Fr. 36.00
Fr. 100'000.00	Fr. 90.00
Fr. 150'000.00	Fr. 160.00
Fr. 200'000.00	Fr. 234.00

*Alle diese Zahlen zeigen, dass die Reduktion des Endbetrages der Steuerrechnung bescheiden ist.*

*Viel grössere Auswirkungen auf die Steuern haben die Abzugsmöglichkeiten in der Steuererklärung. Könnten zum Beispiel alle genannten steuerbaren Einkommen bis Fr. 150'000.00 nur Fr. 1000.00 mehr Abzüge deklarieren, fiel ihre Steuerrechnung klar tiefer oder bei Fr. 150'000.00 gleich aus, wie wenn wir heute den Steuerfuss von Weinfelden um 2 % senken. Für die Stadtkasse werden aber knapp über eine halbe Million Franken fehlen – ein Steuerprozent macht nämlich Fr. 260'000.00 aus. Und, dieses Geld könnten wir künftig vielleicht gebrauchen – wer kann heute schon erahnen, welche sozialen Kosten und welche Nöte der Betriebe morgen auf uns zukommen werden? Ich ziehe deshalb folgende Fazit: Für mich ist in der heutigen, ungewissen Zeit mit den überhaupt nicht abschätzbaren Auswirkungen dieser Corona Pandemie eine Steuerfussenkung verfrüht. Sollte sich die Lage in einem Jahr wider Erwarten besser als befürchtet zeigen, können wir dannzumal immer noch die Steuern senken. Wird sich die finanzielle Situation der Stadt aber schlechter entwickeln, werden wir und Weinfelden froh sein, über zusätzliche Mittel zu verfügen.*

**Manuel Strupler** (SVP): *Seit ich im Parlament bin, befasse ich mich mit dem Steuerfuss. In den letzten Jahren schlossen die Rechnungen immer mit einem Überschuss. Ich halte es genau gleich mit den Vorrednern, spare in der Zeit, so hast Du in der Not. Wann ist denn Not, wenn nicht jetzt? Der Staat soll antizyklisch handeln. Das Geld ist vorhanden. Beim Bus wurde von der Befürworter Seite gesagt, das Geld sei vorhanden. Nun soll auch ein Zeichen gesetzt werden. Wir geben denen etwas zurück, die Steuern gezahlt haben, sie haben auch geholfen, die Überschüsse zu erzielen und zum Beispiel den Gutschein zu finanzieren. Die Schulen gehen wahrscheinlich mit dem Steuerfuss rauf, deshalb ist es umso besser, wenn die Stadt senken kann. Es kann auch nicht viel passieren. Man hat genügend auf der Seite und wenn es ganz anders*



kommt, können die Steuern auch wieder erhöht werden. Ich bitte sie, dem Antrag des Stadtrats zu folgen. Auch, um das Versprechen einzulösen.

**Stadtpräsident Max Vögeli:** *Bereits in der Botschaft zu den Massnahmen der Corona-Pandemie vom 19. Mai 2020 hat der Stadtrat in Ziffer 2.2 die Festlegung einer allenfalls befristeten Steuersenkung ab 2021 in Aussicht gestellt. An der Parlamentssitzung vom 18. Juni 2020 hat sich keine Fraktion zu diesem Geschenk – wie es Martin Müller heute bezeichnet – negativ geäussert. Der Stadtrat ist nun klar der Meinung, dass dieser Senkungsantrag moderat und mit der geplanten Reduktion des Eigenkapitals und Auflösung der Neubewertungsreserve – trotz Auswirkungen der Corona-Krise – umsetzbar und auch zu verantworten ist. Über den Steuerfuss kann man immer diskutieren. Aber ich höre noch das Argument der «zu viel eingezogenen Steuern» im Zusammenhang mit den guten bis sehr guten Rechnungsabschlüssen der letzten Jahre. Die Reihe wird sich fortsetzen. Auch für den diesjährigen Abschluss sieht es sehr gut aus. Noch eine Bemerkung zum kritisierten Haushaltsgleichgewicht: Ausserordentliche und einmalige Steuererträge sind bei dieser Frage nicht relevant. Und da hatten wir einige zu verzeichnen. Dann noch ein Hinweis zu den Schulen. Die Tendenz im Bereich des Steuerfusses sieht so aus: Primarschule Erhöhung, Sekundarschule Senkung. So dass wir mit unseren 2 % Reduktion in etwa wieder ausgeglichen sind und der Gesamtsteuerfuss gehalten werden kann – was ich als sehr positives Signal werten würde. Und übrigens gehören unsere Schulen auch zu Weinfelden. Es gibt schweizweit viele Orte, in denen die Politische und die Schulgemeinde eine Einheitsgemeinde bilden. Dort ist eine gemeinsame Betrachtung wie wir sie vornehmen, nicht mehr notwendig. Wir wollen unsere Strategie in die Tat umsetzen und nun Nägel mit Köpfen machen. Ich bitte Sie namens des Stadtrates, uns dabei zu unterstützen.*

**Adrian Caramaschi (SP):** *Heute wurde ein teilweise negatives Bild über den Staat gezeichnet. Ich bin jedoch der Meinung, dass das meiste Geld, insbesondere auch bei der Stadt, sehr gut eingesetzt wird. Es gibt viele Private, die viel unvernünftiger mit ihrem Geld umgehen. Und bezüglich Einsetzung der Gelder, wir haben es in der Hand, was damit gemacht wird.*

Die Diskussion wird nicht weiter genutzt.

**Abstimmung:**

Der Antrag Müller wird mit 9:19 Stimmen abgelehnt.

## 2.5 Beschlüsse

1. Das Stadtparlament genehmigt die Festsetzung des Steuerfusses auf 58 % mit 19/8 Stimmen.
2. Das Budget der Stadt Weinfelden für das Jahr 2021 wird mit 28/0 Stimmen genehmigt.

Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

Gemäss Artikel 31 Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage, gerechnet vom Tage der öffentlichen Bekanntmachung des Beschlusses, gegen den das Referendum ergriffen wird.

---

Nach Abschluss der Budgetberatung erfolgt eine kurze Pause.

---

## 3 Finanzplan der Stadt Weinfelden 2022 - 2025

### 3.1 Information durch Stadtpräsident Max Vögeli

Der Finanzplan wurde den Mitgliedern des Stadtparlaments mit der Einladung zugestellt. Stadtpräsident Max Vögeli erläutert den Finanzplan mit kurzen Ausführungen.

**Stadtpräsident Max Vögeli:** Für den Stadtrat ist der Finanzplan ein wichtiges Führungsinstrument. Er basiert intern auf einem 10-Jahres-Investitionsplan. Der Plan zeigt uns die mittelfristige Marschrichtung auf. Zu den wichtigsten Eckpunkten: Seite 3: Zur Bautätigkeit und den neuerstellten Wohnungen: In diesem Jahr hat es massiv angezogen. Ein Hauptgrund ist der neue Zonenplan und das Baureglement in Kraft seit 1. September des letzten Jahres. Die aktuelle Situation sieht wie folgt aus: Im Bau, bereits bewilligt und in der Pipeline sind rund 300 Wohneinheiten. Diese haben wir mit 6 x 50 Einheiten abgebildet. Diese Prognose ist natürlich sehr schwierig. Bevölkerungswachstum: 2019 + 76, Zunahme aktuell per 30. November 2020: + 13. Wir haben 56 eingestellt. Anschliessend müssten die Einwohnerzahlen aufgrund der Bautätigkeit wieder etwas mehr steigen. Auch hier sind die Zahlen nur Annahmen und Schätzungen. Steuerprognose Seite 4 und 5: Die Budgetzahlen 2020 werden – wie bereits ausgeführt - übertroffen werden. Wir gehen für die Finanzplanjahre bei den natürlichen Personen von einem leichten Wachstum aus. Bei den juristischen Personen liegen wir knapp unter Budget. Allein durch die Senkung des Gewinnsteuersatzes von 4 % auf 2,5 % hat sich die Steuerkraft um gut 28 % gegenüber der Rechnung 2019 reduziert. Wegen den Auswirkungen der Corona-Pandemie rechnen wir mit einem Rückgang von 4 %.

Die wichtigsten Investitionen:

Gewässer: Thurprojekt Bürglen – Weinfelden (15 Jahren pendent) und das Revialisierungsprojekt Giessen Ost

Hochbauten: Erweiterung Gütti Sportanlagen

Strassen: Burgstrasse / Fuss- Radwegverbindung im Gebiet Feldhof

Bahnanlagen: Umsetzung BGK mit dem Bushof

Erschliessungen: Sangenfeld West, Feldhof Süd und die Bürglenstrasse beim KIBAG-Areal

Auf der Seite 14 sieht man auch die Entwicklung des Eigenkapitals und die Auflösung der Neubewertungsreserve. Der Steuerfuss von 58 % ist – wie kommuniziert – für drei Jahre vorgesehen.

Die Ausgangslage für die Zukunft ist sehr gut. Das wichtigste Ziel ist, die Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort zu erhalten und wo sinnvoll und nötig auszubauen. Der Stadtrat dank ganz herzlich für die Unterstützung, die er vom Parlament erfahren darf.

**Fritz Streuli (SP):** Ich habe eine Frage zu Seite 7. Dort ist eine neue Fussgängerüberführung bei der Dufourstrasse aufgeführt. Früher war einmal eine beim Kreisel geplant. Geht es wieder um diese oder wurde etwas Anderes ins Auge gefasst?

**Stadtrat Daniel Engeli:** Es handelt sich nicht um etwas Neues. Dieser Eintrag leitete sich aus der Zehnjahresplanung ab. Momentan ist die Fussgängerüberführung nicht im Fokus.

**Marcel Preiss (GLP):** Hochbau, Sportanlagen, dort sind für die nächsten vier Jahren, jedes Jahr 250'000 Franken eingestellt, um was geht es da?

**Stadtrat Valentin Hasler:** Es ist ein Finanzplan, in den einmal etwas gestellt wird. Ganz konkret wird es dann später, wenn man genau weiss, dass etwas kommt. Die Plätze der Sportanlage müssen saniert werden. Diese sind in die Jahre gekommen. Im nächsten Jahr wird eine Zustandsanalyse gemacht. Danach soll pro Jahr ein Platz saniert werden. Die Zahl kann wieder angepasst werden. Im nächsten Jahr wird es klarer und genau geplant.

**Martin Müller (GP):** Ich habe 3 Fragen: Freiestrasse 18, Sanierung Wohnhaus im Jahr 2022, was ist mit den 500'000 Franken geplant? Freudigerwiese Parkierungsanlage, 1. Etappe, was soll es dort geben? Strassen: Es fehlt der Mittelstreifen bei der Bahnhofstrasse, wieso sind dort die Fr. 500'000.00 nicht mehr aufgeführt. Sind diese ins neue Projekt eingerechnet?

**Stadtrat Thomas Bornhauser:** *Ich beantworte gleich alle drei Fragen: Wir haben in der Liegenschaft Freiestrasse 18 Wohnungen. Die Liegenschaft muss saniert werden. Sie befindet sich im ISOS Gebiet und es handelt sich beim Betrag um eine Schätzung. Der Bedarf muss noch genau ermittelt werden. Bei der Freudigerwiese ist nichts geplant. Der Eintrag stammt aus dem Zehnjahresplan. Es sollte hier eigentlich nicht aufgeführt sein. Der Mittelstreifen Bahnhofstrasse fliesst ins Projekt ein. Dort wird mit Kanton und SBB zusammengearbeitet und geplant.*

## 4 Verschiedenes

### **Mündliche Anfrage zur Situation Bahnhof**

**Marcel Knup (SVP):** Die Missstände rund um den Bahnhof Weinfelden sind glaube ich allen bekannt und wir sind uns hoffentlich einig, dass dies nicht so weitergehen kann. Der Bahnhof Weinfelden darf kein Kantonaler Treffpunkt werden für Personen die sich nicht anständig benehmen können. Auch darf es nicht sein, dass sich deshalb Nutzer des Bahnhofs dort nicht mehr wohl fühlen oder sogar Angst haben, sich dort aufzuhalten oder zu bewegen. Auch diesen Personengruppen muss Gehör gegeben werden, die momentane Situation darf deshalb nicht aus falsch gelebter Toleranz einfach akzeptiert werden. Aus diesem Grund stelle ich folgende Fragen an den Stadtrat:

- Was hat der Stadtrat in Vergangenheit unternommen und was gedenkt er zukünftig zu tun um das Problem in den Griff zu bekommen und die Situation am Bahnhof zu verbessern?
- Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem Kanton und der SBB aus, was wurde da schon unternommen?
- Gibt es Möglichkeiten mit einer Videoüberwachung rund um den Bahnhof Weinfelden zu arbeiten
- Gab es Rückmeldungen und Lösungsansätze seitens der Peregrina-Stiftung bei der Betreuung ihrer Schützlinge? Oder ist es ihnen egal wie sie sich diese benehmen?
- Gemäss Bericht in der Thurgauer Zeitung spricht ja der Jugendbetreuer der Stadt Weinfelden nur von diffusen Ängsten und das es kein Problem gebe am Bahnhof, teilt der Stadtrat diese Ansicht?
- Ist dem Stadtrat bekannt was für Personen und von wo im Thurgau sie kommen oder untergebracht sind am Bahnhof aufhalten?

**Fritz Streuli (SP):** *Ich stelle einen **Ordnungsantrag**. Die Anfrage von Marcel Knup sei schriftlich zu beantworten. Das Instrument der mündlichen Anfrage ist nicht dazu vorgesehen, solch umfangreiche Fragen zu stellen bzw. vom Stadtrat an einer Sitzung mündlich beantworten zu lassen. Wenn es eine seriöse Antwort geben soll, die auch die übrigen Parlamentarier nachvollziehen können, braucht der Stadtrat etwas Zeit für die Beantwortung.*

Die Diskussion wird nicht benutzt.

### **Abstimmung:**

Der Ordnungsantrag Streuli wird mit 26:0 Stimmen angenommen.

Die Beantwortung der Fragen von Marcel Knup erfolgt auf dem schriftlichen Weg.

### **Verspätete Zustellung der Einladung zur Parlamentssitzung**

**Martin Müller (GP):** *Wir haben heute die Einladung für die Sitzung vom 17. Dezember 2020 erhalten. Das ist eine Woche zu spät, was als fehlende Wertschätzung angesehen wird. Vielleicht wäre auch zu überlegen, ob die erste Dezembersitzung etwas früher gemacht werden könnte.*

**Stadtpräsident Max Vögeli:** *Da ist uns ein Fehler unterlaufen, für den wir uns in aller Form entschuldigen. Ich gehe aber davon aus, dass wir die Sitzung trotzdem durchführen können. Mit der Budgetberatung, die an der ersten Dezembersitzung stattfindet, ist viel Vorbereitungsarbeit verbunden, deshalb ist es schwierig, diese früher anzusetzen.*

**Manuel Strupler (SVP):** *Ich muss mich für die nächste Sitzung entschuldigen. Ich möchte es aber nicht verpassen, darauf hinzuweisen und zu danken, wie gut es doch in Weinfelden läuft. In letzter Zeit gab es*

sehr viele Meldungen von Gemeinden, in denen es gar nicht gut läuft. Hier in Weinfelden arbeiten wir zusammen, auch wenn wir unterschiedliche parteipolitische Hintergründe haben und das werde ich als sehr positiv. Ich wünsche allen einen guten Jahresabschluss und schöne Festtage.

**Reto Frei** (GP): Ich äussere mich nicht nur immer positiv über die Arbeiten der Stadt. Nun möchte ich aber ganz herzlich gratulieren, zum Erreichen des Labels Energiestadt gold. Da steckt viel Arbeit dahinter, das kann ich als Energieberater gut bewerten. Ich finde das toll und wünsche den Verantwortlichen auch weiterhin viel Erfolg auf diesem Weg.

**Präsidentin:** Obwohl der Samichlaus in diesem Jahr nicht zu den Kindern auf Besuch kommen kann, gibt es vor dem Restaurant Löwen einen Briefkasten, wo die Kinder einen Brief für den Samichlaus einwerfen können. Da er auch uns kein Säckli bringt, habe ich euch etwas Süsses auf den Tisch gelegt. Wir sehen uns in zwei Wochen. Bitte beachten sie, dass die Sitzung dann ebenfalls um 19.00 Uhr beginnt. Bleiben sie gesund!

---

**Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:**

Die Präsidentin

Der Vizepräsident

Claudia Bieg

Beat Brüllmann

Der Stimmenzähler

Die Stimmenzählerin

Marcel Knup

Marianne Scherrer

Der Stadtschreiber

Reto Marty

